

## Gesamtschule: Kapitulation auf der ganzen Linie

Mit weichen Knien und vollen Hosen opferten rechte Sozialdemokraten Hessens Kultusminister von Friedeburg. Aber sie opferten nicht nur den Mann, sie opferten auch Ansätze fortschrittlicher Schulpolitik auf dem Altar reaktionärer FDP-Leute. Nach dem Wiesbadener Koalitions-Hick-Hack ist eines deutlich geworden: die SPD weicht solange zurück, bis sie selbst im Lager der CDU steht. Insöfern hat Dregger in Hessen ein zweites Mal gewonnen.

Ein Ergebnis der Wiesbadener Koalitionsverhandlungen muß alle Eltern schulpflichtiger Kinder besonders beunruhigen. – So sollen keine weiteren Gesamtschulen mehr gebaut und zugelassen werden. Aus den 64 integrierten Gesamtschulen in Hessen sollen nur zehn bis zwölf als „besonders geförderte Modelle herausgegriffen“ werden. Die Auswahl „bestimmt die Regierung“. Das heißt mit ziemlicher Sicherheit: unsere Schule ist nicht dabei.

Schon vor dem Wiesbadener Verhandlungsergebnis wurden Tatsachen bekannt die darauf hinweisen. So protestierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Kreis Groß-Gerau heftig dagegen, daß Lehrer nach einem Notenschlüssel jetzt schon eine Einteilung in Haupt-, Real- und Gymnasialschulen vornehmen sollen.

Auch Landrat Blodt läutet den Rückzug ein:

„Die Gesamtschule ist in dem Umfange nicht mehr haltbar, wie wir sie uns wünschen.“

Der gepriesene Schulentwicklungsplan des Kreises Groß-Gerau (zwölf Gesamtschulen, 15 Förderstufen) landet im Papierkorb.

### „Gesamtschule“ Walldorf-Mörfelden platzt bald aus den Nähten

Die Misere ist bekannt. Da man schon vor Jahren kein Geld hatte, für Mörfelden und Walldorf je eine vernünftige Schule zu bauen, betonierte man eine Schule mitten in die Prärie. Rund 1600 Kinder gehen jetzt hinein, geplant ist sie für 1800. Noch geht's – aber 1975 wird's ernst.

Schon jetzt gibt es für 52 Klassen nur 40 Klassensäle. Notwendig wäre dringend der Bau einer Sekundarstufe 1.

Aber der Schulträger kann „keine konkreten Realisierungsziele nennen“. Das ist ein Skandal. Die Versprechungen von gestern liegen uns noch im Ohr. Bald wird man an dieser Schule Abitur machen können, hieß es. Diese Seifenblase ist längst geplatzt – es häufen sich die Klagen.

Nach wie vor gibt es keinen Direktor an der Schule (offensichtlich, weil dem Kultusministerium die Nase eines geeigneten und beliebten Mörfelder Pädagogen nicht paßt).

Nach wie vor bekommt die Schule keinen Verwaltungsbeamten – so wer-

den Lehrkräfte mit Verwaltungsaufgaben belastet. Nach wie vor gibt es Stundenausfall wegen Lehrermangels.

### Wo sitzen die Schuldigen?

Eines ist klar – es hängt nicht an den Lehrern. Die meisten arbeiten engagiert und bis zum Umfallen. Eine Reihe mußte diesen Einsatz mit gesundheitlichem Schaden bezahlen. (Man rechnet heute eine Durchschnittsarbeitszeit für Lehrer von 47 Stunden pro Woche.) Es fehlen zirka 4000 Lehrer in Hessen. (Es gibt aber auch in Hessen Berufsvorbereitungen für engagierte demokratische Lehrer.) Es fehlen Ausbildungsplätze und es fehlt die Bereitschaft „der da oben“, weitere Planstellen für Lehrer zur Verfügung stellen.

Schuld ist das Gesellschaftssystem, in dem Geld für Schulen fehlt, in dem es aber jedes Jahr ein paar Millionäre mehr gibt.

Schuld sind die Parteien, die nicht an die Wurzel des Übels wollen.

### Chancengleichheit für Arbeiterkinder!

Wir sind für die Gesamtschule. Die Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule ist eine wichtige Voraussetzung für ein demokratisches Bildungswesen, für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Allerdings kommt es darauf an, die auch noch in der Gesamtschule bestehenden Benachteiligungen von Arbeiterkindern aufzuheben. Die Verleumdung der Gesamtschule durch die rechten Kräfte, besonders durch die CDU, entspringt dem durchschnittlichen Interesse, die Schulbildung auf die Ausbildung von Spezialisten zu beschränken, die den Mund halten, wenn es um ihre Interessen geht. Solche Arbeiter kann man dann auch schlechter bezahlen und leichter auf die Straße werfen.

Genau entgegengesetzt ist das Interesse der Eltern und Schüler, die eine quali- ▶

fizierte umfassende Schulbildung vermitteln, die wissenschaftlichen Maßstäben gerecht wird, und die unabhängig ist von den Profitinteressen der großen Industrie.

# Chancengleichheit?

Diesen Artikel entnehmen wir der „Stimme der Jugend“,  
Zeitung der SDAJ-Mörfelden

## Wie weiter?

Die DKP ist der Meinung, daß man gerade jetzt, wo das Ergebnis der SPD/FDP-Mauschelei vorliegt, die Einrichtung neuer Gesamtschulen besonders in Arbeiterwohngebieten und auf dem Land fordern muß. Neue Schulen müssen als integrierte Gesamtschulen geplant werden. Der Ausbau der Gesamtschulen als Ganztagschulen muß angestrebt werden. Wir fördern den Magistrat und die Stadtverordneten von Mörfelden und Walldorf auf, sich dafür einzusetzen, daß die Gesamtschule Mörfelden-Walldorf die notwendigen Räumlichkeiten erhält, daß die Sekundarstufe 1 sofort in Angriff genommen wird.

Wir fordern vom Kreis und von den Verantwortlichen in Mörfelden und Walldorf, daß sie sich umgehend über die Pläne des Kultusministeriums Klarheit verschaffen und dafür kämpfen, daß unsere Gesamtschule bleibt und eine gymnasiale Oberstufe erhält. Wir bitten alle Eltern schulpflichtiger Kinder von Mörfelden und Walldorf, aufmerksam die Entwicklung an dieser Schule zu beobachten, Solidarität mit den Lehrern zu üben und Kampfmaßnahmen zu erwägen. Wem an seinen Kindern liegt, der muß jetzt für seine Kinder auf die Barrikaden gehen.

Rudi Hechler

„Ich werde keinerlei Rücksicht auf Sie nehmen, ich sage Ihnen gleich, daß ich im Unterrichtsstoff fortfahren werde; merken Sie sich das. Sehen Sie zu, wie Sie Ihre Lücken füllen.“

So begann die erste Physikstunde für elf Realschüler in einer Klasse von 22 Schülern auf dem Prälat-Diehl-Gymnasium in Groß-Gerau. Das ist kein Einzelfall. Es ist nur ein Beispiel von vielen, wie Realschüler, die auf das Gymnasium überwechseln behandelt werden.

Nur wenige Lehrer bemühen sich, den Realschülern etwas entgegenzukommen. Die meisten Lehrer fahren ohne Rücksicht auf Verluste mit dem Lehrplan fort. Das hat zur Folge, daß viele ehemalige Realschüler schlechtere Noten bekommen, das Interesse verlieren und aufgeben.

Es ist eine Tatsache, daß auf der Realschule ein anderer Unterricht gemacht wird als auf dem Gymnasium. Auf der Realschule wird der Stoff oberflächlicher und allgemeiner durchgenommen. Die Schüler werden „auf das Leben vorbereitet“. Ziel ist, daß der Realschüler nach der Mittleren Reife eine Berufsausbildung anfangen soll und nicht auf das Gymnasium überzuwechseln.

Im Gymnasium soll die Hochschulreife erlangt werden (Abitur), um nachher ein Studium zu beginnen. Schüler eines Gymnasiums werden mehr zur selbständigen Arbeit angehalten und müssen sich viel mehr selbst erarbeiten. Das macht einem frisch umgestiegenen Realschüler natürlich Schwierigkeiten. Die meisten Probleme beim Überwechseln gibt es wohl in den Fächern Mathematik, Physik und Englisch. Warum?

Gerade in diesen Fächern wird im Gymnasium von Anfang an eine ganz andere Grundlage geschaffen. Ein Gymnasiast der 10. Klasse hat zwar noch nicht entscheidend mehr Stoff durchgenommen als ein Realschüler, aber dafür gründlicher und umfassender. Diese Schwierigkeiten zeigen: Es gibt zwei grundverschiedene Bildungswege: das Gymnasium mit Abiturabschluß und die Realschule mit Mittlerer Reife als Abschluß. Ein Wechsel ist schwierig. Das schafft verschiedene Chancen für Kinder, in deren Stadt ein Gymnasium ist oder deren Eltern es sich leisten können, sie in eine andere Stadt zu schicken und solchen, in deren Heimatort oder nächster Umgebung keines ist und deren Eltern es sich nicht leisten können, Fahrgeld und andere Ausgaben zu bezahlen.

Der Unterschied zwischen Realschule und Gymnasium muß deshalb abgeschafft werden, die Gesamtschule muß überall eingeführt werden. Sie allein ermöglicht allen, die die 10. Klasse erreicht haben, nahtlos mit der 11. weiterzumachen, wenn sie dazu begabt sind, gleich, in welcher Art Schule sie begonnen hatten. Für Mörfelden heißt das: Sofortige Einführung der Sekundarstufe II, damit begabte Schüler nicht mehr entweder aufhören müssen oder nach Groß-Gerau gehen, sondern ihr Abitur in Mörfelden machen können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Schülerarbeitskreis der SDAJ Mörfelden

PS: Dieser Artikel ist gewiß nicht der Weisheit letzter Schluß. Wir würden uns freuen, wenn wir dazu Meinungen, Kritiken, Informationen bekämen, gleich, ob als Leserbrief (auch ohne Namensangabe) oder im persönlichen Gespräch. Was meinen Lehrer dazu?



## Schulzeugnis für die BRD

Zahl der Lehrer: ungenügend  
Fehlen der Lehrer: unentschuldig  
Ausbildung der Lehrer: mangelhaft  
Lehrpläne: siehe Vorjahr  
Klassenurteil: unsere Schule bleibt sitzen – trotz Einführung der Mengenlehre in der Grundschule

Peter Schütt

# Leserbrief

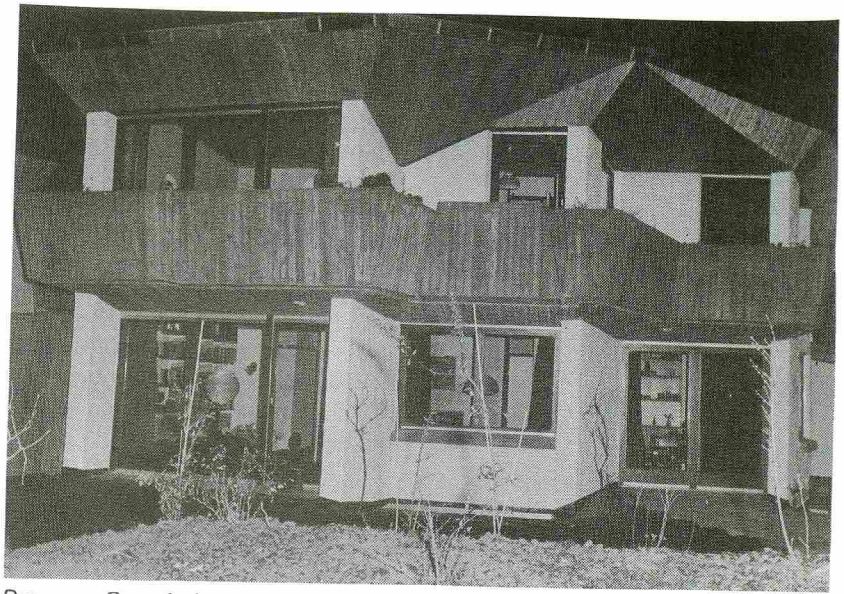
## An den „blickpunkt“

In den Zeitungen der letzten Tage und Wochen ist wieder viel über die Bildungspolitik in Hessen zu lesen. Mit der Nominierung eines neuen Kultusministers in Wiesbaden hat der Streit einen neuen Höhepunkt erreicht. Nun sind die Personen austauschbar, und ein neuer Kultusminister ist nicht das eigentliche Dilemma. Doch scheint, daß man mit Friedeburg auch dessen Bildungspolitik abgeschoben hat. Was wird nun aus der Gesamtschule? Mit der Überwindung des Drei-Klassen-Schulrechts? Die einen Fortschritt in Richtung Chancengleichheit bringen konnte. Dem Bürger will es sicher nicht einleuchten, daß die Zahl der benötigten Lehrer und ihre ausreichende Qualifikation ein unüberwindliches Hindernis bedeuten. Wenn man doch ein solches schulisches Experiment plant, dann weiß man doch, wieviel Kinder und wieviel Lehrer zu berücksichtigen sind, weiß, wieviel Studienplätze für Lehrer vonnöten sind, weiß auch, in etwa, wieviel Geld das kostet.

Da zahlen die Bürger Steuern, damit unter anderem ihre Kinder eine für ihr Leben ausreichende Schulbildung erhalten und der Staat, das heißt in diesem Falle die Regierenden, geben das Geld anderweitig aus. Denn man wird doch nicht behaupten können, daß wir zu wenig Steuern bezahlen. Für Mörfelden bedeutet diese Misere, daß ab 1975/76 Schulraumnot herrscht, da bis dahin keine neue Sekundarstufe 1 gebaut ist. Daß Mörfelden/Walldorf auf die Sekundarstufe II, die die Gesamtschüler bis zum Abitur führt, weiterhin verzichten muß. Entweder gehen die Kinder, die mit dem Abitur abschließen wollen nach Frankfurt oder nach Groß-Gerau aufs Gymnasium oder erst nach den Förderklassen. Der Schreiber dieser Zeilen hofft, daß er mit dieser Prognose Unrecht hat.

Nicht nur die Eltern der betroffenen Kinder sind aufgerufen, sich künftig mehr um die Belange der Schule zu kümmern, auch alle anderen Bürger sollten ihren Protest artikulieren, damit der Fortschritt nicht rückwärts geht und die Gesamtschulen nicht als Mahnmal einer angeblich falschen Bildungspolitik gefeiert werden. Gefeierte werden von denen, die Bildung für das Volk schon immer als Angriff auf ihre Privilegien angesehen haben.

G.S., Brückenstraße



*Das neue Gemeindezentrum der evangelischen Kirchengemeinde steht. Etwas verrückt sieht es schon aus, zumindest, wenn man mit Augen sieht, die den ganzen Tag nur Beton, Glas und Stahl, gerade Flächen und nüchterne Zweckbauten erblicken. — Aber warum nicht Mut haben zu neuen Formen, zu neuem Denken?*

*Ein alter Mörfelder Bauarbeiter meinte: „... also, mir gefällt's,“ und er dachte sicher an die Zimmerleute und Einschaler, an die Maurer und Betonarbeiter, die hier Großes geschaffen haben.*

*Es soll ein Haus werden, in dem man miteinander redet. Das ist das Wichtigste. Wir gratulieren der evangelischen Kirchengemeinde und allen Mörfeldern zu diesem Haus.*



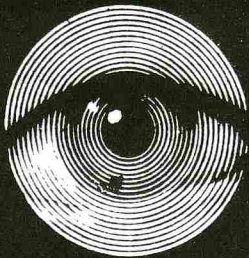
Am 27.11.74 wurde die Mörfelder Stadtbücherei in den neuen Räumen (über der Polizei in der Bahnhofstraße 1) wieder eröffnet. Aus diesem Anlaß übergab die Mörfelder SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) eine Kiste Bücher und verlas folgende Stellungnahme:

*„Von Karl May bis Karl Marx bietet die Stadtbücherei ein breites Angebot“. Das schrieb die Mörfelder SPD zur Kommunalwahl 1972. Eine Nachprüfung ergab: Ein einziges Exemplar des „Kommunistischen Manifestes“ war alles, was von Karl Marx zu sehen war. Ein bißchen wenig, um von einem „breiten Angebot“ zu reden. Ein bißchen ärmlich auch seitens der SPD, wie sie den wohl bekanntesten deutschen Philosophen und Wissenschaftler der Welt behandelt, zumal er mit der frühen Geschichte dieser Partei eng verbunden ist. Wir, die SDAJ, möchten aber das reiche Werk von Karl Marx interessierten Mörfelder Jugendlichen nicht vorenthalten und stellen deshalb der Stadtbücherei eine kleine Sammlung von Schriften Karl Marx' und andere fortschrittliche Literatur zur Verfügung.“*

*Probel Exemplare  
bestellen!*

**UZ**  
Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

## BLICKPUNKT KOMMUNAL



### Aus der Erklärung der DKP-Fraktion im Stadtparlament zum Nachtragshaushalt 1974

Beim Betrachten unseres diesjährigen Nachtragshaushaltes wird so mancher hier im Saal, angesichts der im nächsten Jahr auf uns zukommenden Finanzprobleme, gedacht haben: „Dieses Jahr sind wir noch einmal davon gekommen.“ Aber wirft der Haushalt 1975 nicht schon seine Schatten voraus? Denn es ist nicht erfreulich, daß die in Wiesbaden beschlossene Abfallbeseitigung uns schon dieses Jahr zirka 32.000,- DM kostet, entstanden durch Einnahmeausfälle durch die Verpachtung des Müllplatzes an den Kreis. Ein kleiner Vorgeschmack auf die zusätzlichen Unkosten von 400.000,- DM im kommenden Jahr.

### Besatzungskosten?

Unerklärlich ist für uns die Tatsache, daß die Städte und Gemeinden für die in ihren Mauern wohnenden amerikanischen Bürger nur 50 Prozent der sonst pro Kopf üblichen Schlüsselzuweisungen vom Land erhalten. Dies sehen wir durch nichts gerechtfertigt, zumal diese Familien doch alle kommunalen Einrichtungen mitbenutzen. Nach überschläglichen Berechnungen gehen uns dadurch zirka 80.000,- DM jährlich verloren. Hier müßte umgehend eine Veränderung gefordert werden und die Initiative hierzu sollte auch aus den Gemeinden kommen. Vielleicht macht Mörfelden den Anfang, diese versteckten Besatzungskosten wegzubringen.

### Hallenbad

Erstaunlich ist, daß auch mittlerweile die Mehrheitsfraktion mit Magistrat bei der Hallenbadplanung nasse Füße bekommen hat. Von den in früheren Jahren so optimistischen Prognosen ist nicht mehr viel übrig geblieben. Von eingesetzten 50.000,- DM für Planungskosten verbleibt ein unverbraucher Rest von 37.500,- DM. Anscheinend hält man die Planer auf Sparflamme. Wir ändern jedenfalls unsere Meinung zu der Notwendigkeit eines Hallenbades für 30.000 Einwohner nicht von heute auf morgen.

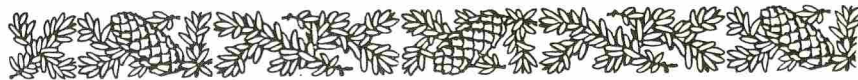
### Die Bevölkerung muß informiert sein

Im Hinblick auf das kommende Jahr, mit dem jetzt schon bekannten Einnahmefall von zirka 1.000.000,- DM ist eine wirklich gute Aufklärung unserer Bevölkerung notwendig. Wir fordern deshalb umgehend die Einberufung einer Bürgerversammlung zu diesem Thema. Es darf hier keiner so tun, als dürften wir hierbei nicht über unser Rathaus hinausblicken. Wir sagen es hier nicht zum ersten Mal und zu ihrer Beruhigung, meine Damen und Herren speziell auf der „rechten“ Mitte, auch nicht zum letzten Mal, wo die Mittel hergenommen werden müssen.

### Spielplätze

Als wir zum Haushalt 74 den Antrag einbrachten, nördlich der Langener Straße und im Gebiet Mörfelden-Süd einen Kinderspielplatz zu errichten, wurde dem nicht widersprochen und dafür 50.000,- DM eingesetzt. Heute müssen wir feststellen, daß 30.000,- DM davon nicht verbraucht wurden und die Kinder in diesem Gebiet ein weiteres Jahr warten müssen. — —

Euch, liebe sozialdemokratischen Kollegen, die ihr zur Zeit noch in Bonn und Wiesbaden in der Verantwortung steht, möchten wir sagen: „Solange ihr zulaßt, daß die Linsenhoffs mit Steuergeldern ins Ausland reiten, solange die Multis auch bei uns Riesengewinne machen, solange ein SPD-Verteidigungsminister alle seine Vorgänger im Ausgaben überbietet und solange euer Bundeskanzler noch bessere Maßhalteteppelle an die Arbeiter richtet, als es je ein CDU-Kanzler fertiggebracht hat, solange werden sich die Kommunen nach der dünnen Finanzdecke strecken müssen. Solange wird auch bei uns das Geld für wichtige Einrichtungen, z.B. für ein Ärztehaus, für ein weiteres Altenheim mit Pflegeeinrichtung, für Kinderspielplätze usw. fehlen. Da wir als einzige Partei ernsthafte politische und prinzipielle Einwände und Bedenken gegen unseren diesjährigen Haushaltsplan hatten, können wir auch dem Nachtrag, aus den gleichen Gründen, unsere Zustimmung nicht geben.“



„Dieses Jahr hat der Nikolaus weniger mitgebracht,  
weil er kurzarbeiten muß.“

## Der Notstand bei der ärztlichen Versorgung verschärft sich

Wartezeiten von mehreren Stunden sind keine Seltenheit, es sei denn, daß die Praxis Nummernvergabe oder ein anderes Hilfsmittel in Anspruch nimmt.

Jedoch selbst dann, ist es nicht sichergestellt, am selben Tag behandelt zu werden.

Nicht genug damit, daß die Ärzte den Zustrom neuer Mitbürger bewältigen müssen, die ärztliche Versorgung des Industrie- und Gewerbegebiets bringt neue Aufgaben.

Verschärft wird die Situation dadurch, daß einige Ärzte kurz vor ihrem Ruhestand stehen und man muß sich fragen, was kommt dann?

Besonders nachteilig wirkt sich das Fehlen von Fachärzten aus. Der nächste Kinderarzt praktiziert in Walldorf, der nächste Augenarzt in Groß-Gerau. Jeder, der also einen Facharzt in Anspruch nehmen muß und dies sind oft auch ältere Mitbürger, hat eine nicht unerhebliche Strecke zurückzulegen.

Solche Zustände sind nicht mehr zu verantworten.

Eine Möglichkeit, die ärztliche Versorgung zu verbessern, sieht die DKP in der Errichtung eines Ärztehauses in Mörfelden.

Ebenso machten wir den Vorschlag zu prüfen, ob sich unser altes Rathaus als Ärztehaus verwenden ließe.

Alle Anträge wurden abgelehnt und es besteht weiterhin keine Aussichten, die ärztliche und insbesondere die fachärztliche Betreuung in Mörfelden zu verbessern.

Die SPD-Mehrheitsfraktion stellte sich damals auf den Standpunkt, daß solange keine Ärzte bereit sind nach Mörfelden zu kommen, ein Ärztehaus nicht diskutabel sei.

Diese Meinung ist genauso unqualifiziert, als wenn man einen Arbeiter fragt, ob er bereit wäre, in einer noch nicht existierenden Fabrik zu arbeiten.

Wir meinen, wenn eine solche Einrichtung da ist, dann ist es möglich, Fachärzte und praktische Ärzte zu gewinnen.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- keine weiten Wege mehr;
- Verkürzung der Wartezeiten;
- immer schnell erreichbare Spezialisten;
- keine unnötigen und gefährlichen Verzögerungen und Wegzeiten bei Betriebsunfällen.

Die DKP-Mörfelden wird weiterhin für ein Ärztehaus und somit für die Interessen der Bürger eintreten. KHH

## Gedanken zu Weihnachten und zum Jahreswechsel

„...besser als gerührt sein ist sich rühren.“

Liebe Leser, vor Weihnachten und an der Schwelle zum Jahr 1975 wird es immer deutlicher: Die Zukunftsaussichten sind für die arbeitende Bevölkerung der Bundesrepublik nicht gut. Im Jahr 1975 wird sich die Unsicherheit der Existenz der Arbeiter und Angestellten, der Beamten, Bauern, des städtischen Mittelstandes und ihrer Familien erhöhen.

Allein im Arbeitsamtsbezirk Darmstadt gibt es zur Zeit über 10.000 Arbeitslose, mehr als 100 Betriebe machen hier Kurzarbeit. Für die Opeler gibt es keine Aussicht auf die Verbesserung der Lage. Die Unsicherheit wird durch die Profitpolitik der Konzerne hervorgerufen; sie beruht auf dem kapitalistischen System, und sie wird durch die Politik der Bundesregierung noch vergrößert. Von allen Seiten wird auf die arbeitende Bevölkerung eingetrommelt: Konsumverzicht, Opfer bringen, mehr Profite für die Konzerne!

Der Präsident der „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“, der ehemalige SS-Mann und heutige Flick-Manager Schleyer, verlangt von den Gewerkschaften, „zumindest in den nächsten

Jahren“ auf ihre aktive Lohnpolitik zu verzichten. Bundeskanzler Schmidt fordert fast zur gleichen Stunde die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, „für zwei bis drei Jahre sehr vernünftig“ zu sein und Konsumverzicht zu leisten. (Das kennen wir alles schon vom „Maßhaltekanzler“ Erhard.)

Täglich hören wir viele blumige Umschreibungen der Situation — aber alle haben ein Ziel: Die arbeitende Bevölkerung soll wieder opfern, und die Konzerne sollen der nächsten Profitexplosion entgegengeführt werden. Bei dem Angriff auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung mischen die Kommunen feste mit. Da durch eine falsche Politik in Bonn die Stadtkassen leer sind versucht man, die notwendigen Mittel rigoros bei den Bürgern einzutreiben. Mörfelden macht da keine Ausnahme. Im Frühjahr sind hier eine Reihe Gebührenerhöhungen zu erwarten.

In dieser Situation des verschärften Angriffs auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung ruft die DKP auf zur Aktion Preisstopp.

Wir werden in Mörfelden Unterschriften sammeln und damit gegen eine weitere Belastung der Einwohner protestieren. Wir wehren uns gegen geplante Gebührenerhöhungen und werden die Meinung der Bevölkerung im Stadtparlament vertreten.

Wir rufen alle Mörfelder auf, nicht stillzuhalten, sondern sich zur Wehr zu setzen.

Man muß mit der DKP nicht in allen weltanschaulichen Fragen übereinstimmen, um zu erkennen: Nur wer kämpft kann gewinnen. Wer stillhält verliert.

**Ich bin dagegen, daß die Lücken in unserer Stadtkasse durch Gebührenerhöhungen gestopft werden.**

**Ich bin gegen eine (nach der Fusion mit Walldorf zu erwartende) „Gebührenangliederung“ nach oben.**

**Ich bin gegen die Erhöhung der Müllgebühren und anderer Abgaben in Mörfelden.**

**Ich unterstütze die Forderung, den Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zur Zeit 12 Prozent auf zunächst 20 Prozent zu erhöhen.**

**Ich fordere alle Stadtverordneten von Mörfelden auf, sich dafür einzusetzen.**

Name

Anschrift

Bitte unterschreiben und an den „blickpunkt“, Mörfelden, Hochstraße 22 schicken. Jedes Mitglied der DKP nimmt in Mörfelden diesen Abschnitt entgegen.

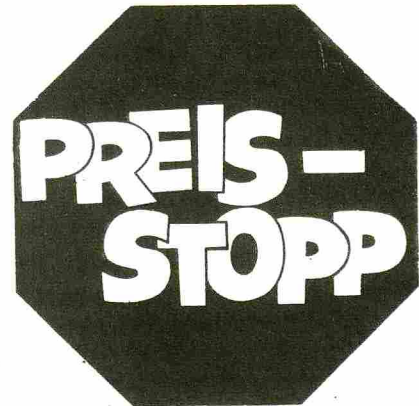




## Das fordert die DKP:

- Sicherung von Arbeitsplätzen durch Hebung der Massenkaukraft.
- Demokratische Preiskontrolle. Gläserne Taschen für die Konzerne. Mitbestimmung.
- Schluß mit Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen. Verbot von Massenentlassungen. Keine Kündigung ohne Bereitstellung anderer Arbeitsplätze.
- Sofortiger Einsatz der 10-Milliarden-Konjunkturrücklage des Bundes zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

*Wir sind für*

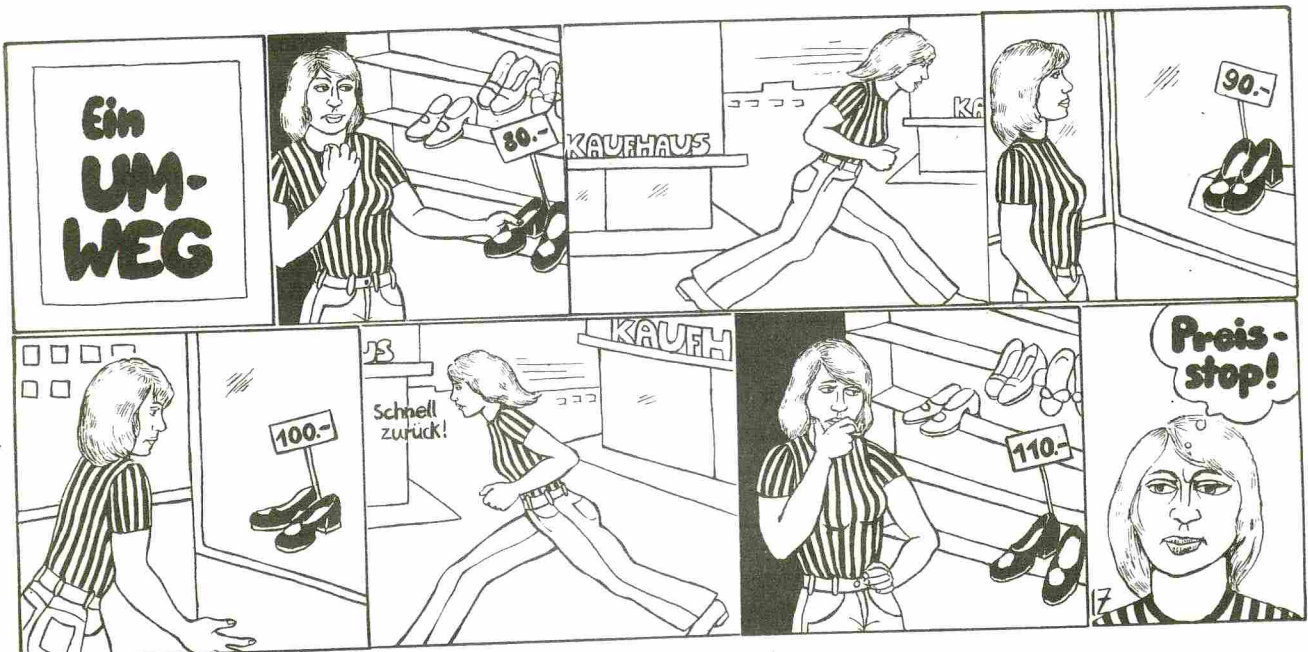


## Wer macht die Preise ?

Die Kapitalisten sagen: die Löhne. Oder die Rohstoffkosten. Oder: der Weltmarkt. Wir Kommunisten sagen: die Preise werden von den Monopolen diktiert, von denen, die Besitz an Produktionsmitteln haben. Ein Beispiel: Nach Angaben des deutschen Städtetages stiegen die Preise für baureife

Grundstücke in zehn Jahren um durchschnittlich 1.201 Prozent. Die Gewinne aus Bodenspekulationen betragen in der Zeit von 1945 bis 1966 100 Milliarden DM. Seit 1966 bis heute dürften weitere 50 Milliarden dazugekommen sein. Allein in München kletterte der Wertzuwachs privater Grundstücke von

1946 bis heute auf 15 Milliarden DM. Für diese Preissteigerung ist kein Arbeitslohn, kein Rohstoffpreis und kein Weltmarkt verantwortlich zu machen. Diese Preissteigerungen, die sich natürlich in der Miete wiederfinden, wurden von Großgrundbesitzern und Bodenspekulanten und ihrer Profitgier diktiert. Sie machen die Preise. Wie beim Boden, so bei allen Produkten des täglichen Bedarfs: monopolistischer Besitz verursacht Preissteigerungen.



## Werter Bürger von Mörfelden!

Wir wenden uns an Sie mit einem dringenden Anliegen. Wie Sie wissen, leiden die Städte seit Jahren an der Finanznot. Dringende kommunale Vorhaben können oft nicht verwirklicht werden.

Diese Situation hat sich jetzt zugespitzt, so wird Mörfelden 1975 zirka 1.000.000,— DM oder 15 Prozent weniger in der Stadtkasse haben als im Vorjahr. Die Ursachen liegen in der vom Bundestag beschlossenen „Steuerreform“, die Streichung von Zuschüssen und anderem. (Durch die Steuerreform wird die Gewerbesteuer gesenkt, die zu zirka 60 Prozent in die Stadtkasse fließt.)

Die anderen Parteien meinen, man müsse sich halt damit abfinden, da sei nichts zu machen. Man müsse einfach die Gebühren in Mörfelden erhöhen, um das Loch zu stopfen. Das Defizit wird also auf den „kleinen Mann“, auf uns alle, abgewälzt. Es war schon beabsichtigt, in Mörfelden kurz nach der Landtagswahl die Gebühren für die Müllbeseitigung drastisch zu erhöhen. Nachdem wir aber die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht hatten, verschob man die Erhöhung auf das nächste Jahr.

In der Vergangenheit hat unsere Arbeit im Parlament, hat der „blickpunkt“ mitgeholfen, daß kommunale Gebühren nicht in dem Maße erhöht wurden, wie in anderen vergleichbaren Städten. In der Zukunft muß sich die ganze Bevölkerung wehren.

Wir sind nicht der Ansicht, daß man sich mit dem Übel abfinden muß. Wir meinen, man muß sich gegen die Ausplünderung der Stadtkasse wehren. Nicht durch Gebührenerhöhungen, sondern durch Proteste bei den Verantwortlichen in Bonn und Wiesbaden.

Denn Geld ist da! Wir wollen Ihnen nicht wieder mit der Rüstung, der Steuerflucht und den Großkonzernen kommen. Sie wissen selbst, was ein Starfighter kostet, wieviel Geld uns die „Linsenhoffs“ kosten und wieviel Geld man jetzt wieder der Großindustrie in den Rachen wirft.

Die DKP hat geeignete Vorschläge unterbreitet, wie der Finanznot der Städte begegnet werden kann. Kernpunkt ist die Erhöhung des Gemeindeanteils am Gesamtsteueraufkommen von derzeit 12 Prozent auf 20 Prozent.

Wenn Sie daran interessiert sind, daß die Stadt Mörfelden in Zukunft die allgemeinen Bedürfnisse der Bürger befriedigen kann, ohne daß der Bürger neben den Steuern und Gebühren, die er ohnehin schon zahlen muß, noch zusätzlich belastet wird, dann unterstützen Sie uns mit Ihrer Unterschrift. Verlangen Sie von den anderen Parteien energische Maßnahmen gegen die falsche Bonner Politik.

Auch wenn Sie nicht mit allem einverstanden sind, was wir tun und sagen: Es liegt in Ihrem Interesse, daß Sie sich an dem Protest gegen den Raubzug auf Ihren Geldbeutel beteiligen. Die anderen Parteien tun dagegen nichts.

Mit freundlichen Grüßen

*Heinz Hechler M. Denk Erich Schaffner Artur Siegel*

Heinz Hechler, Michael Denk, Erich Schaffner, Artur Siegel

Stadtverordnete der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden

## Beim Nürnberger Bund ist was faul

Für den Geschäftsführer des Nürnberger Bundes in Mörfelden existiert kein Betriebsverfassungsgesetz. So jedenfalls ist das Verhalten zu werten, das dieser Unternehmervertreter an den Tag legt. Bei „personellen Maßnahmen“ muß der Betriebsrat rechtzeitig und umfassend unterrichtet werden, so sieht es das BetrVG im Paragraph 99 vor. Wegen dieser Unterlassung klagt jetzt der Betriebsrat beim Arbeitsgericht Darmstadt.

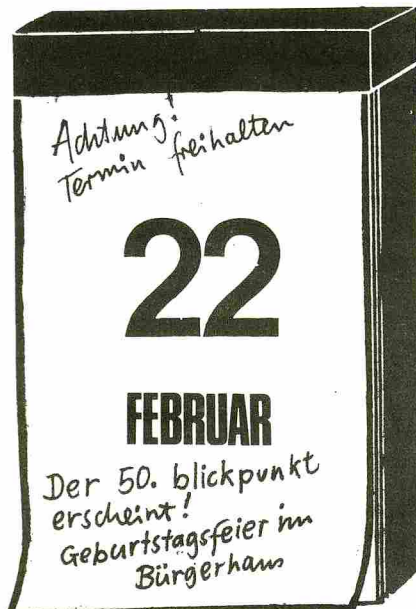
### Frauen machen mit

Unter dem Motto: „Mit der DKP Preise stoppen, Arbeitsplätze sichern, für die Rechte der Frauen kämpfen“ fand am 24. November 1974 in Solingen die zweite DKP-Frauenkonferenz statt. Marianne Konze, Leiterin des Arbeitskreises Frauenpolitik beim Parteivorstand der DKP, gab einen umfassenden Bericht über die Situation der Frau in der Bundesrepublik.

Über 400 Frauen und Mädchen, darunter auch drei Frauen aus Mörfelden, diskutierten in drei Arbeitskreisen über die Themen: „Frau im Beruf“; „Frau in Gesellschaft, Bildung und Ausbildung“; „Frau und Familie, Mutter- und Kinderschutz“. Einen ausführlichen Bericht über die Frauenkonferenz bringen wir im nächsten „blickpunkt“.



Draußen vom Einkaufen komm ich her  
 Ich muß Euch sagen, es preistreibert sehr.  
 Allüberall in den Kaufhausspitzen  
 Sah ich Riesen-Profite blitzen.  
 Und drüben aus dem Rathaus-Tor  
 Schaut unsicher lächelnd Herr Bachmann hervor.  
 Denn im nächsten Jahr steigen die Gebühren in die Höhe,  
 Dann werden bei den Arbeitern recht knapp die Flöhe.  
 St. Nikolaus aber und Rupprecht sein Knecht  
 Finden das Preis- und Gebührentreiben wirklich schlecht.  
 „Wir Weihnachtsmänner“, sagt er, und tippt sich an den Kopp  
 „Wir fordern einen Preis- und Gebührenstopp!“



### Liebe Leser

Der "blickpunkt" wird in Mörfelden gern gelesen. Oft hört man anerkennende Worte und oft steckt man uns einen Geldschein zu. Dafür danken wir recht herzlich. Viele Bürger geben uns Hinweise oder schreiben Leserbriefe. Das macht den "blickpunkt" interessant und lesenswert. Wir freuen uns über jede Unterstützung.

Die Redaktion